



Foto: imago/Fotoarena



STANDPUNKT
Spendable
Rüstungslobby

Aert van Riel über großzügige Parteispenden zum Jahresende

Parteispenden von Unternehmen sind Gift für die Demokratie. Denn es besteht der begründete Verdacht, dass sich die Gönnereinfluss auf die Politik kaufen wollen. Regelmäßig fließen große Beträge auf die Konten von Union, SPD, FDP und Grünen. Zum Jahresende hat der Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie wieder einmal einige Hunderttausend Euro lockergemacht. Davon hat insbesondere die CSU profitiert. Aber auch die Oppositionsparteien FDP und Grüne strichen erneut große Summen ein. Letztere erhielten 50 001 Euro. Dass im Vorstand des Verbands auch Vertreter von Konzernen mit Rüstungssparten wie Diehl und Airbus Defence and Space sitzen, stört die einstige Friedenspartei offenbar nicht.

Wenn die Grünen eines Tages an der Bundesregierung beteiligt sein sollten, werden sie vor der Frage stehen, ob sie sich weiterhin für die drastische Einschränkung von deutschen Rüstungsexporten einsetzen werden, die oft in Krisen- und Kriegsgebiete gehen. In diesem Fall müssten die Grünen wohl auf die großzügige finanzielle Unterstützung von Verbänden verzichten, in denen die Hersteller von Kriegsmaterial eine wichtige Rolle spielen. Auch bei Parteispenden gilt, dass es keine Leistung ohne eine Gegenleistung gibt. Und auf Großspenden sind die Grünen angewiesen, wenn sie in den nächsten Wahlkämpfen die mitgliederstärkere SPD endgültig abhängen wollen. Die politische Macht hat oft einen hohen Preis. Für die Grünen steht einmal mehr die eigene Glaubwürdigkeit auf dem Spiel.

UNTEN LINKS

Ein Jahr neigt sich dem Ende zu, zwei Menschen schauen sich stille an. Zu dritt schauen sie dann aus dem Fenster, viere passten nicht daran. Jetzt mal fünfe grad sein lassen, denken sie leis' vor sich hin. Draußen fliegen sechs Raketen, zum Glück in keine Fenster rin. Ach verflix, dort, sieben Flaschen, kippen auf der Straße um. Hätten sie mal achtgegeben, ist doch wirklich schade drum. Neun Scherben, mindestens, nun blitzen – auf in der Silvesternacht. Neun Reifen sind drumrumgefahren, beim zehnten hat es »pffft« gemacht. Elf Meter wärn's nur noch gewesen bis nach Haus in Nummer zwölf. Stattdessen dreizehn gaffend Mäuler, einer steht dazu noch rum – jedem seine Viertelstunde, zehn plus fünf Minuten Ruhm. In Minute sechszehn dann, braust schon der Pannendienst heran. Einsatz Nummer siebzehn heute, das sind doch nur verrückte Leut'. Schnell den Reifen flottgeflick und Jahr achtzehn fortgeschickt. Was danach kommt, das weiß man nicht, Gardine zu und Schlaf in Sicht. stf

Noch so ein Knallerjahr?

2018 gab einige Rätsel auf – und auch 2019 drängen viele Fragen



Silvester in Berlin? Falsch geraten. Athen im Dezember bei einer Demonstration anlässlich den zehnten Todestags eines Teenagers Foto: AFP/Ariss Messinis

Berlin. 2018 geht und wie zum Ende jedes Jahres tauchen ein paar altbekannte Debatten wie Konstanten auf. Sollte man Böller verbieten? Droht mit einem solchen Verbot das Ende der Freiheit? Und worüber diskutieren wir dabei eigentlich? Solche regelmäßig wiederkehrenden Fragen sind wie Lagerfeuer, um die sich in einer immer unübersichtlicher werdenden Welt versammelt werden kann. Jeder und jede hat eine Meinung, ganz unabhängig von der Unterersetzung durch Fakten. Denn die Zeiten selber setzen einem ja genug zu. Da bieten die letzten Jahre jeweils Stoff für Jahrzehnte. Es scheint, als hätte der fortschreitende Klima-

wandel nicht nur für jährliche Jahrhundert-sommer gesorgt, sondern, wie das eben bei Hitze passiert, das Volumen der Jahre, deren Fassungsvermögen für Ereignisse selbst erhöht. Auch 2019 wird dabei wohl keine Ausnahme machen. Dabei werden die Fragen des neuen auch teilweise die des alten Jahres sein. Wird sich der gesellschaftliche Rechtsruck auch an den Wahlurnen niederschlagen? Im kommenden Jahr werden in Brandenburg, Sachsen und Thüringen neue Landtage gewählt, dazu im Mai ein neues Europaparlament. Kommt es tatsächlich zum Brexit? Es droht eine globale Rezession, die gesellschaft-

liche Konflikte und Spaltungen noch zu verschärfen droht, die ohnehin bereits offen zutage treten und artikuliert werden. Und im Hintergrund wirken Megatrends bei Klima, Migration und Digitalisierung. Kein Zweifel, 2019 wird für die gesellschaftliche Linke in Deutschland und anderswo kein einfaches Jahr. Aber, und das ist auch so eine Konstante: Einfach war die Zukunft noch nie. Wir werden Sie auch 2019 auf dem Laufenden halten, die nächste Ausgabe des »nd« erscheint am 2. Januar 2019. Bis dahin, kommen Sie gut ins nächste Jahr! nd/stf
Seiten 2, 3, 6, 7, 8 und 10

»Unter diesen neuen Bedingungen ...«

Wegen des geplanten Abzuges von US-Truppen vereinbaren Russland und Türkei Koordinierung in Syrien

Der türkische Außenminister war am Samstag zu Gesprächen in Moskau. Der Aufmarsch syrischer Truppen um Manbidsch sorgt für Wohlwollen in Teheran, Moskau und Ankara.

Moskau. Angesichts des geplanten Abzuges der US-Truppen aus Syrien wollen Russland und die Türkei ihr Vorgehen in dem Kriegsländ stärker koordinieren. »Unter diesen neuen Bedingungen wollen wir an Land verstärkt zusammenarbeiten und so endgültig die terroristische Bedrohung bekämpfen«, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow am Samstag nach einem Treffen mit der türkischen Delegation in Moskau der Agentur Tass zufolge. Man habe sich auf Schritte geeinigt, um alle Regionen Syriens von terroristischen Gruppen zu befreien, betonte der türkische Chefdiplomat Mevlüt Çavuşoğlu.

Bei dem Treffen waren auch die Verteidigungsminister Hulusi Akar

und Sergej Schoigu anwesend. Dabei soll auch über ein mögliches Treffen des russischen Staatschefs Wladimir Putin mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan verhandelt worden sein. Ende Oktober hatten Erdoğan und Putin sich mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Istanbul über den Syrienkrieg ausgetauscht. Es war der erste Syrien-Gipfel mit deutscher Beteiligung. Vereinbart wurde insbesondere, die Bildung des seit Monaten angestrebten Ausschusses zu fördern, der eine neue syrische Verfassung ausarbeiten soll. Am Freitag hatten Putin und Merkel in der Frage des Verfassungskomitees erneut telefoniert.

Auch zwischen Merkel und Erdoğan habe es ein Telefonat gegeben, wie die türkische staatliche Nachrichtenagentur Anadolu am Sonntag meldete. Eine Sprecherin der Bundesregierung sagte, die Kanzlerin habe die Rolle der Tür-

kei gewürdigt, insbesondere bei der Aufnahme syrischer Flüchtlinge. Sie habe zudem die Erwartung geäußert, dass die Türkei mit Zurückhaltung und Verantwortung auf den angekündigten Rückzug der US-Truppen reagieren werde.

»Für uns wird nichts mehr zu tun sein, wenn die Terroristen verschwinden.«

Recep Tayyip Erdoğan

Die US-Regierung hatte vor etwas mehr als einer Woche den Abzug ihrer Bodentruppen aus den von den Syrischen Demokratischen Kräften, zu denen auch die linken Kurdenmilizen YPG und YPJ gehören, beherrschten Gebieten im Norden und Osten Syriens verkündet, da die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in Syrien weitge-

hend besiegt sei. Der Prozess könnte Monate dauern. Er verschiebt die Machtbalance im Land. Die Türkei hatte zuvor gedroht, das nordsyrische Gebiet östlich des Euphrats zu besetzen, um YPG und YPJ zu bekämpfen. Die von den USA unterstützten Milizen werden von der Türkei wegen ihrer Nähe zur Kurdischen Arbeiterpartei PKK als Terrororganisationen eingestuft. Wegen des US-Abzugs bat die YPG die syrische Armee, Truppen in die bedrohte Stadt Manbidsch nahe der Türkei zu schicken. Die syrische Armee verlegte daraufhin eigenen Angaben zufolge Truppen in das Gebiet. Ihr Vormarsch stieß auf Wohlwollen der Türkei. Manbidsch gehöre zu Syrien, erklärte Erdoğan. »Für uns wird nichts mehr zu tun sein, wenn die Terroristen verschwinden.« Iran – mit Damaskus verbündet – sprach von einem »wichtigen Schritt für die Einheit Syriens«, der ein Ende des Konflikts zur Folge haben könne. dpa/nd Seite 6

Bloggerwarnung vor neuer Zensurstruktur

Leipzig: Hackerkonferenz des Chaos Computer Clubs beendet

Leipzig. Die geplante EU-Urheberrechtsreform birgt aus Sicht des Netzpolitik-Bloggers Markus Beckedahl die Gefahr, dass die Meinungsfreiheit im Internet massiv eingeschränkt wird. »Verpflichtende Upload-Filter können Bestandteil einer Zensur-Infrastruktur werden«, sagte er am Sonntag auf der Hackerkonferenz des Chaos Computer Clubs in Leipzig. Der Gesetzesvorschlag der EU-Kommission sieht vor, dass Online-Plattformen für Urheberrechtsverletzungen von Nutzern haften. Obwohl Upload-Filter nicht ausdrücklich erwähnt werden, halten Kritiker sie für eine wahrscheinliche technische Lösung zur Umsetzung der neuen Vorgaben. Es gebe keinerlei demokratische Kontrollen für solche Filter, sagte der Chefredakteur des Blogs netzpolitik.org. Beckedahl sprach am Sonntag als einer der letzten im Programm des viertägigen Hackerkongresses, an dem nach Angaben des Veranstalters rund 17 000 Menschen teilnahmen. dpa/nd Seite 4

Gelbwesten erneut auf der Straße

Beteiligung an Protesten gegen Präsident Macron geht zurück

Paris. Am siebten Wochenende in Folge haben an vielen Orten in Frankreich die Gelbwesten gegen die Politik von Präsident Emmanuel Macron demonstriert. Vor allem in Paris, Marseille, Lyon, Toulouse und Bordeaux gab es am Samstag Proteste, so der Sender France Info. Mancherorts kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Laut France Info gab es in Paris nahe der Studios des Senders BFMTV Zusammenstöße mit Einsatzkräften. Dort protestierten einige Hundert Gelbwesten gegen angebliche Falschinformationen des Senders. Insgesamt demonstrierten in Paris nach Angaben der Polizeipräktur 800 Menschen. In Straßburg versammelten sich regionalen Medien zufolge rund hundert Menschen auf der Europabrücke, die nach Deutschland führt. In Marseille gingen etwa 900 Menschen auf die Straße, in Bordeaux 2400. Die Zahl der Demonstranten war zuletzt stetig zurückgegangen. Dennoch steht die Regierung innenpolitisch weiter unter Druck. Sie rief nun zu einem landesweiten Dialog auf. dpa/nd Seite 5

Warmer Regen vor allem für die CDU

2,1 Millionen an Großspenden 2018

Berlin. Die CDU hat 2018 mit Abstand die höchsten Großspenden in Höhe von über 50 000 Euro erhalten – vor allem aus der Industrie, darunter die BMW-Großaktionärsfamilie Quandt, gingen insgesamt 850 000 Euro ein (2017: 2,9 Millionen). Deutlich weniger bekam der Koalitionspartner SPD mit 280 000 Euro. Das teilte die Bundestagsverwaltung mit. Die im Bundestag vertretenen Parteien erhielten 2018 insgesamt rund 2,1 Millionen Euro an Großspenden. 2017 waren es rund 6,6 Millionen Euro. Die höchste Einzelspende mit 260 000 Euro überwies im Juli erneut der frühere Chef des Pharma- und Spezialchemiekonzerns Merck, Hans-Joachim Langmann, an die CDU. Die CSU bekam von der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie 625 000 Euro. Auch die Grünen, die insgesamt 149 000 Euro erhielten, wurden von dem Industrieverband bedacht. Die FDP erhielt im gesamten Jahr Großspenden in Höhe von rund 276 000 Euro. Die DKP bekam von einem Großspender rund 352 000 Euro, die MLPD 80 000 Euro. Die LINKE blieb ohne Großspenden. dpa/nd

